

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FuG/022(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  11.07.2006	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	18:30Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationen
- 6.1 Finanzielle Auswirkungen Hartz IV - Bilanz 2005 u.  
Vorausschau 2006 / I0162/06  
Frau Borris (AL Amt 50)
- 6.2 Sachstand Projekt Ehrenamtspass / I0159/06  
Frau Sapandowski (Dez. V/02)
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Frömert, Regina

Heinemann, Klaus

Hildebrand, Jürgen Dr.

Rink, Johannes

Siedentopf, Uta

**Beratende Mitglieder**

Altmann, Martin

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

Hausmann, Christian

Schumann, Carola

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Entschuldigt:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Paqué, Sabine

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Frau Frömert begrüßt alle Anwesenden und Gäste als Stellvertreterin der Ausschussvorsitzenden Frau Huhn. Frau Huhn ist auf Grund anderer dienstlicher Verpflichtungen leider verhindert und lässt sich entschuldigen.

Frau Frömert stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Frau Frömert gibt es eine Änderung der Tagesordnung bekannt. TOP 6.1 – Stand zum 7-Punkte-Programm des FuG-Ausschusses zur geschlechterorientierten Kinder- und Jugendarbeit kann aus terminlichen Gründen von Frau Dr. Arnold heute nicht stattfinden. Sie bittet darum, diesen TOP im nächsten FuG-Ausschuss vorzutragen. Auf Empfehlung von Frau Dr. Arnold sollte die nächste Ausschusssitzung in der Kinder- und Jugendeinrichtung „Weizengrund/ Weiberkiste“ stattfinden.

Dieser Vorschlag wird dankend angenommen.

### 3. Genehmigung der Niederschrift

---

Die Niederschrift zur letzten Ausschusssitzung vom 14.06.2006 wird bestätigt.

Abstimmung: 3 / 0 / 1

### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Zur öffentlichen Sprechstunde ist Herr Weinrich als Vertreter der JUSOS Magdeburg erschienen. Ihm wird das Wort erteilt.

Herr Weinrich schildert sein Anliegen. Es geht um die Aktion „Kein Zur-Schau-Stellen von Frauen“. Besonders geht es um den Vorfall in Halle, wo sich eine junge Frau im Schaufenster eines Unterwäschegeschäftes, mitten in der Innenstadt von Halle, Zur-Schau-stellte. Er fragt an, ob zu diesem Thema eine landesweite Aktion geplant ist und ob der FuG-Ausschuss helfend zur Seite stehen könnte.

Frau Beier erläutert, dass hier zwei wesentliche Sachverhalte Berücksichtigung finden müssen. Zum einen das Agieren im Rahmen der freien Marktwirtschaft und zum anderen ein eventueller Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 1 (Die Würde des Menschen ist unantastbar.). Das UN-Recht, Frauen vor Diskriminierung zu schützen, muss Beachtung finden. Die Landesbeauftragte für Gleichstellung und Frauenpolitik, Frau Isolde Hofmann, hat zu diesem Vorfall an das betreffende Geschäft in Halle sowie an den Deutschen Werberat einen Brief verfasst, der die Brisanz dieser Werbeaktion widerspiegelt.

Weiterhin äußert Frau Beier, dass zweideutige Schlüsse aus dieser Aktion gezogen werden könnten. In bestimmten Orten, u. a. in Amsterdam oder auch in Hamburg, sitzen Frauen im „Schaufenster“ und bieten sich an. Kindern, Jugendlichen, auch manchem Erwachsenen wird es schwer fallen, den Unterschied zwischen der angebotenen Ware hier – Dessous, dort – Mensch zu erkennen.

Frau Frömert findet die Vorgehensweise von Frau Isolde Hofmann sehr positiv. Der Vorgang fand nicht in Magdeburg statt. Für den Magdeburger Stadtrat als Vertretungsorgan ist es deshalb kompliziert sich zu äußern. Durch einen offeneren Umgang mit dem menschlichen Körper und auch durch Provokationen der Mode und in der Werbung heutzutage, ist es schwierig Grenzen zu erkennen.

Herr Rink merkt dazu an, dass seine erste Wahrnehmung zu dieser Aktion in Halle die eines Werbegags war. Er wurde allein durch das „Aufputzen“ zum tieferen Nachdenken veranlasst. Er wertet diese Aktion weder als abfällig noch anrühlich.

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass mit diesem Thema sehr vorsichtig umgegangen werden sollte, um den Grat nicht zu überschreiten. Wenn eine eindeutige Verletzung der Würde des Menschen vorliegt, sollte man einschreiten. Auch wir müssen in Zukunft genauer hinsehen.

Frau Schumann äußert, dass sie sich als Frau durch diese Werbeaktion auf keinen Fall diskriminiert gefühlt hat. Oft ist es auch so, dass leicht bekleidete Männer auf Plakaten zu sehen sind und hierbei auch die Ästhetik im Vordergrund steht und nicht die sexuelle Sichtweise oder Zur-Schau-Stellung. Für sie stellt sich diese Werbung nicht als Problem dar.

Frau Beier entgegnet, aus ästhetischer Sicht kann man das so sehen, aber wenn der Körper der Frau benutzt wird, um ein Ziel, den Verkauf Unterwäsche, zu erreichen, sollte man unterscheiden. Auch haben wir ein besonderes Schutzbedürfnis für Kinder. Nach ihrer Auffassung wird hier eine Wahrnehmungsgrenze überschritten. Die Frau wird zum Objekt gemacht und nicht als Frau oder Mensch gesehen.

Herr Hausmann äußert, dass es hier darum geht, auf genau solche Themen oder Aktionen aufmerksam zu machen, auch auf Landesebene. Es geht in erster Linie darum, dass Kinder durch solche öffentlichen Aktionen gezwungen sind, beim Einkaufsbummel auch in solche Schaufenster zu sehen.

Frau Frömert plädiert für eine Einzelfallbetrachtung. Sie hofft, dass durch die Reaktion der Landesbeauftragten auch die Magdeburger genauer hinsehen und gegebenenfalls gegen Würdeverstöße vorgehen.

Frau Ponitka erinnert, dass es vor ca. 1 ½ Jahren eine Werbeaktion gab, wo eine Frau und ein Mann nackt von hinten abgebildet zu sehen waren (Plakat) und auf den Schultern der Beiden ein Strichcode wie z. B. auf Lebensmitteln als Tätowierung zu sehen war. Schlussfolgerung ist hier Ware = Mensch! Das stellt für sie eine massive Grenzüberschreitung dar. Das Plakat musste nach Protesten zurückgezogen werden.

## 5. Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

## 6. Informationen

---

6.1.	Finanzielle Auswirkungen Hartz IV - Bilanz 2005 u. Vorausschau 2006 / Frau Borris (AL Amt 50)	I0162/06
------	---	----------

---

Frau Borris, Amtleiterin Amt 50, gibt eine kurze Einführung zur vorliegenden Information. Sie weist darauf hin, dass in dem Bericht nur auf die Leistungsaspekte eingegangen wurde.

Ergänzend zur Information merkt sie noch an, dass es zurzeit 22.640 Bedarfsgemeinschaften gibt, aber es wird ein Anstieg auf ca. 26.400 erwartet. Die Finanzierung für 2007 ist noch offen. Die Revisionsklausel wurde ausgesetzt. Auch die Beteiligung zwischen Landes- und Stadtverwaltung ist weiter unklar. Demnächst sollen 4 zusätzliche MitarbeiterInnen für Ermittlungen (Rechtmäßigkeit von Bedarfsgemeinschaften) zur Verfügung gestellt werden.

Frau Frömert fragt, wie man mit Leistungskürzungen für die Menschen umgeht, die zurzeit gar nicht vermittelt werden können und wie es gehandhabt wird, wenn es zwar Anfragen von freien Trägern gibt, aber wegen fehlenden Geldes bei der Arge keine Vermittlungen stattfinden können.

Frau Borris antwortet, dass unterschieden werden muss zwischen Verwaltungskosten und Eingliederungskosten. Es wird versucht werden, Verwaltungskosten umzuwidmen, um Maßnahmen realisieren zu können. Der Schwerpunkt der Arge liegt auf den „1-Euro-Jobs“. Nur leider haben Menschen, die solch einen Job „ausüben“ keine Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt und entlasten die Arge nicht. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist hingegen für mehr ABM. Aber die Einflussnahme ist hier sehr eingeschränkt.

Frau Frömert fragt weiterhin, ob es auch eine geschlechterspezifische Statistik gibt und wie die Situationen in Familien mit Kindern oder Alleinerziehenden mit Kindern sind.

Frau Borris antwortet, dass es vom Bund bereits viele Übersichten gibt. Ein getrennte Aufstellung durch die Arge ist durchaus möglich. Sie rät, diese abzufordern.

Herr Dr. Hildebrand sagt zum Thema, dass es eine außerordentliche Sitzung zu der Finanzlage der Arge geben wird. Für das 2. Halbjahr steht eigentlich eine Summe von 6 Mio. Euro zur Verfügung. Der Bedarf liegt bereits bei 7,8 Mio. Euro. Nun ist es so, dass ein Sperrvermerk vorliegt und man über die 6 Mio. Euro nicht verfügen kann. Gegenwärtig sind noch 1,7 Mio. Euro für weitere Maßnahmen vorhanden, was aber bei weitem nicht ausreichend ist. Die Brisanz der Situation ist selbstredend.

Er stellt weiterhin entschieden klar, dass der öffentlich artikuliert Missbrauch beim Arbeitslosengeld II auf Magdeburg **nicht** zutrifft. Es erfolgte ein Datenabgleich, wo 5.560 Fälle geprüft wurden. Das Ergebnis zeigt, dass es in 65 Fällen Überzahlungen gab und in 3 Fällen die Leistungen wegfielen.

Frau Frömert fragt bei Frau Borris nach, ob es möglich ist für den Jahresbericht von der Arge die alters- und geschlechtsspezifischen Daten zu bekommen.

Frau Borris wird dieses Anliegen an die Arge weiterleiten und um präzisierte Zuarbeit bitten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Frau Sapandowski gibt eine Einführung zur vorliegenden Information.

Sie merkt zusätzlich an, dass bereits jährlich ca. 30 ehrenamtliche BürgerInnen durch den OB geehrt werden. Wenn diese Zahl um 100 Personen durch Auszeichnung mit dem Ehrenamtspass vermehrt werden könnte, wäre das ein guter Ansatz und durchaus ausbaufähig. Offen ist bisher die Handhabung der Antragstellung, die Vergabekriterien und die Bearbeitung. Dies könnte eventuell über oder durch die Freiwilligenagentur erfolgen. Sie bittet die Stadträte um Mithilfe bei der Sponsorenakquise.

Herr Rink fragt, welche finanziellen Auswirkungen der Ehrenamtspass hat.

Frau Sapandowski sagt, dass bei einer Stückzahl von 100 Pässen mit 30.000 Euro bis 50.000 Euro gerechnet werden muss. Dieses Projekt kann durch Geldspenden aber auch in Form von Sachspenden unterstützt werden.

Herr Altmann fragt, wie der Ablauf der Vergabe angedacht ist.

Frau Sapandowski antwortet, dass die Vereine oder die freien Träger Personenvorschläge machen können.

Frau Frömert wirft ein, dass die Vereine (in der Seniorenvertretung, der AG Behinderte,...) seit Jahren das Ziel von mehr Ehrung und Anerkennung des Ehrenamtes verfolgen. Viele Magdeburger engagieren sich, aber manche(r) kommt in Ausübung des Ehrenamtes aus finanziellen Gründen an Grenzen. Darum sollte die Stadt dort mehr Unterstützung geben. Sie ist eine Fürsprecherin dieses Projektes, das seit Jahren vorbereitet wird. In anderen Städten gibt es dafür eine Bürgerstiftung.

Frau Siedentopf merkt an, dass man bei der Verlängerung der Gültigkeit des Ehrenamtspasses ebenfalls Kriterien festlegen sollte. Sie erklärt an ihrem persönlichem Beispiel, dass sie als Jugendwart ehrenamtlich tätig ist und im Monat eine Aufwandsentschädigung von 21 Euro erhält. Damit kann man nicht viel bestreiten, deshalb ist es sinnvoll, auch hier eine Grenze festzulegen und nicht generell Ehrenamtliche mit Aufwandsentschädigungen ausschließen.

Herr Hausmann empfiehlt, die AG Gemeinwesen mit einzubeziehen und bei der Festsetzung der verschiedenen Kriterien die jeweiligen Satzungen der Vereine zu betrachten.

Frau Sapandowski merkt dazu an, dass der Kontakt zur AG GWA-Koordinierung bereits besteht.

Frau Beier spricht sehr für dieses Projekt und empfiehlt die Mitarbeit des Amtes 16 in der AG.

Frau Sapandowski äußert dazu, dass die AG seinen Ursprung im Amt 13 hatte und neu besetzt wurde. Hierfür wurden alle Ämter angefragt. Leider lehnte das Amt 16 zu diesem Zeitpunkt die Teilnahme ab. Es gibt jedoch eine AG der Ämter, wo eine Teilnahme möglich ist.

Frau Beier sagt dazu, dass die personelle Situation zum Zeitpunkt der Anfrage auf Teilnahme, genau dieses leider nicht zuließ. Sie dankt herzlich für das Angebot.

Frau Bühnemann spricht sich für den Ehrenamtspass und für die Beschränkung des Gremiums aus.

Frau Sapandowski sagt abschließend, dass es in Dresden erst die Bürgerstiftung, dann die Freiwilligenagentur und dann den Ehrenamtspass gab. Hier in Magdeburg ist es genau umgekehrt. Zuerst wurde die AG gegründet und jetzt beginnt der Aufbau. Bürgerstiftungen können nur von BürgerInnen gegründet werden, nicht von der Stadt Magdeburg.

Die Information zur Kenntnis genommen.

## 7. Verschiedenes

---

Frau Frömert bedankt sich bei allen Anwesenden und Gästen für die Teilnahme, wünscht eine schöne Sommer- und Urlaubszeit und schließt die Ausschusssitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert  
Stellv. Vorsitzende

Yvonne Köppe  
Schriftführer/in